

Märkische Linke

Infoblatt – DIE LINKE – Ostprignitz-Ruppin

Juli 2013

07/2013

100 % sozial - 100 % erfolgreich

Mit fundiertem Wahlprogramm in den Wahlkampf

Parteitag der LINKEN in Dresden / von Freke Over, Delegierter/OPR

Die Sandsäcke waren schon wieder abgefahren und Dresden war halbwegs verschont geblieben vom Elbehochwasser, so dass unserem Parteitag auch keine Widrigkeiten, außer hochwasserbedingter Verspätungen und einer geklauten Oberleitung, entgegenstanden. Zu der Zeit, als das Kongresszentrum durch Sandsäcke geschützt war, tagte ausgerechnet oder auch gerade ein Kongress von Versicherungsvertretern. Ob sie sich mit der von der Linken thematisierten Versicherungspflicht durch die Versicherungen für die durch selbige oft gekündigten Hochwasseropfer beschäftigten, ist nicht bekannt. Auf dem Parteitag haben wir es gefordert.

Parteitag ohne Grundsatzstreit

Die Journalisten waren enttäuscht, ein Parteitag ohne Grundsatzstreit ist für sie nur halb so schön. Es war eine sehr angenehme Arbeitsatmosphäre, es wurde in der Sache diskutiert, nicht gestritten. Die Mehrheiten waren deutlich, aber trotzdem nicht in allen Fragen einheitlich auf dem vom Parteivorstand eingebrachten, überarbeiteten Entwurf des Wahlprogramms, wohl aber auf der generellen inhaltlichen Linie des Vorstandes.

Am Freitag die Reden von Sahra Wagenknecht und Bernd Riexinger.

Oskar Lafontaines Thesen über den Ausstieg aus dem Euro teilten sie wie alle anderen Redner nicht. Vielmehr betonten sie, dass es nicht um eine Frage der Währung, sondern der Gerechtigkeit in Europa geht. Die Eurorettung ist Banken- und Milliardensrettung - davon haben die arbeitslos werdenden oder unter Lohnstreichungen leidenden Griechen gar nichts.



Auch zum Mindestlohn wurde debattiert. 10 € oder 12,50 € waren die unterschiedlichen Vorschläge, deutlich die Mehrheiten für 10 € als Einstieg in den Mindestlohn. Unser eigentlicher Erfolg ist doch, dass in einem Land, wo Politiker das Wort Mindestlohn vor 10 Jahren noch nicht buchstabieren konnten, nach der nächsten Bundestagswahl ein Mindestlohn gesetzlich festgelegt werden wird.

Der Freitag wurde mit dem Frauenplenum fortgesetzt und endete in einem Tanzabend, der zwar viele gute Gespräche

Wahlkampf zu ziehen.

Ich hatte dann auch noch die Gelegenheit, zur Finanzierung des öffentlichen Personennahverkehrs und zur Drogenpolitik im Wahlprogramm unserer Partei zu sprechen. Nachts um viertel nach 12 war es dann nach konzentrierter Arbeit und einem Abstimmungsmarathon geschafft, das Wahlprogramm der Linken für die Bundestagswahl 2013 war verabschiedet.

Mitreißende Marisa Matias

Sonntag dann die Rede der stellvertretenden Vorsitzenden der Europäischen Linken, der Portugiesin Marisa Matias. Eindrucksvoll und mitreißend schildert sie einen ganz anderen Blickwinkel auf die europäische Finanzkrise und sprach über Chancen und gemeinsame Kämpfe für ein emanzipatorisches, demokratisches und soziales Europa der Zukunft. Und der Parteitag singt, diesmal eindrucksvoll, denn etliche GenossInnen hatten am Vorabend schon geübt.

Zum Abschluss die schon einmal vertagte Satzungsdebatte zur Bundessatzung. Es wurde noch einmal konzentriert gearbeitet, aber wir wurden trotzdem nicht mit den umfangreichen Änderungen fertig, so dass der nächste Parteitag dieses beenden muss. Der Parteitag musste nämlich um 14 Uhr die Halle räumen, die nächste Veranstaltung für den Abend wartete schon.



Unsere Parteivorsitzenden Katja Kipping und Bernd Riexinger

am Rande des Parteitages ermöglichte, dem aber ein bisschen Pep fehlte.

Samstag die Reden von Katja Kipping (inhaltlich einfach Klasse!) und von Gregor. Nicht seine beste Rede, nicht seine wichtigste Rede, so die enttäuschten Kommentare etlicher Journalisten, aber eine mitreißende Wahlkampfreden, die den Parteitag motivierte, gemeinsam in den

Ein grauer Morgen, doch lebendiger Tag

Als wir uns am Freitag, den 3. Mai, auf den Weg nach Theresienstadt machten, wusste niemand von uns so recht, was ihn erwarten würde. Wir, das waren Egbert und Ines Nowack, Maximilian Fritsch sowie 3 meiner Freunde, die, auch wenn sie politisch nicht aktiv sind, dennoch einen Eindruck der Geschichte um Theresienstadt erhalten wollten.

Als wir nach gut 4 1/2 stündiger Fahrt endlich unser Nachtlager erreichten, richteten wir uns zunächst ein und beschlossen, die ersten Eindrücke der Region einzufangen, während wir einkaufen gingen.

Aufgrund der anstrengenden Fahrt entschieden wir, uns früh schlafen zu legen, um am darauf folgenden Tag voller Energie der Veranstaltung beizuwohnen.

Frisch gestärkt haben wir uns zur kleinen Festung Theresienstadt aufgemacht. Der Himmel war grau und entsprach dem Charakter der Veranstaltung. Es war beinahe gruselig, wie die Natur ein Gespür dafür entwickelt hatte, sich an unsere Gefühle anzupassen. Als die »Moldau« von Smetana das erste Mal ertönte, fing der Himmel mit uns an zu trauern, ruhte

jedoch für den Moment der Andacht. Die Melancholie der Veranstaltung wurde beim erneuten Ertönen der »Moldau« deutlich, als sich über uns der Himmel ergoß und sein Mitgefühl zum Ausdruck brachte. Auch beim Erklängen der Internationale wollte er nicht ablassen. Das Wetter hielt an bis zur Mittagszeit.

Unsere kleine Gruppe ließ sich dann noch diesen einstigen Ort des Verbrechens in einer Führung zeigen, und wir sahen uns die gesamte Stadt an. Es war beängstigend, wie dieser Ort, trotz der damaligen Geschehnisse, dennoch in seiner eignen Schönheit erstrahlte.

Doch so grau ein Tag auch ist, das Leben geht weiter. Wir sind den Toten gegenüber verpflichtet, nicht zu vergessen, aber müssen dennoch leben und in ihrem Andenken weiterarbeiten.

In diesem Sinne grillten wir abends noch zusammen, diskutierten und suchten innerlich einen Abschluss, um den Kampf gegen das Vergessen weiterführen zu können, ohne dass uns die Geschehnisse von damals zum Resignieren bringen.

Maximilian Fritsch

Kommentar

Oje, was noch?!

Da konnte man in der Zeitung lesen, dass der Landrat auf dem Gelände hinter der Kreisverwaltung in der Neustädter Straße nun doch keine zentrale Rettungswache errichten will. Er begründet das damit, dass er das Gelände als Reserve brauche, um die Kreisverwaltung durch einen Neubau, wie in einer Studie gefordert, weiter zu zentralisieren.

In anderen Veröffentlichungen spekuliert er über die zukünftige Kreisstruktur und legt den Neuruppinern ans Herz, noch viel mehr zu tun, um in die engere Auswahl als Kreisstadt zu kommen. Im gleichen Atemzug sagt er aber, dass Neuruppin (also auch der heutige Kreis OPR) auf Grund der im Landtag herrschenden Abgeordnetenverhältnisse wenig Chancen habe. Da fragt sich der Normalbürger, warum dieser hoch verschuldete Kreis neue Gebäude für eine Kreisverwaltung bauen will, wenn der Landrat schon jetzt skeptisch ist, dass Neuruppin auch künftig noch Sitz einer Kreisverwaltung ist.

Und dann konnte man weiter lesen, dass der Landrat zu den Beschlüssen der Gerichte zwecks paritätischer Besetzung des Pro Klinik Holding-Aufsichtsrates sich alle Optionen, also auch eine erneute Klage, offen hält. Die Beschlüsse des Land- und des Oberlandesgerichts haben nach wie vor Rechtskraft, und deshalb werden die Arbeitnehmer ihre Vertreter für eine paritätische Besetzung am 28. August wählen.

Dann noch das leidige Problem Kreisumlage. Da will der Landrat Kreisstraßen mit Landesmitteln sanieren und wundert sich dann, wenn das Land Forderungen stellt. Ja, der Landrat hat einen Eid geschworen, alles zum Wohle des Kreises zu tun. Aber, gehören die Kommunen nicht auch zum Kreis? Was wäre Herr Reinhardt für ein Landrat, hätte er einen Kreis ohne Kommunen? Während der Landrat noch einigermaßen intakte Straßen sanieren will, kämpfen die Kommunen mit kaum noch befahrbaren Schlaglochpisten. Und dann sollte der Landrat sich die neuen Einwohnerzahlen nach dem ZENSUS und die damit verbundenen Schlüsselzuweisungen ansehen. Wenn Neuruppin beispielsweise 217.000 Euro weniger erhält, andere Kommunen dagegen mehr, dann darf man wohl fragen, ob Herr Krohn nicht doch Recht hatte, als er forderte, die Kreisumlage differenziert zu erheben.

Achim Müller

Wir trauern um unseren Genossen

Kurt Lemke

der am 7. Juli 2013 im Alter von 83 Jahren nach kurzer schwerer Krankheit starb.

Wir verlieren mit ihm einen ehrlichen und aufgeschlossenen Menschen.

Aus einfachen Verhältnissen stammend, verlebte er trotzdem eine schöne Kindheit. Nach Beendigung der Schule erlernte er den Beruf des Elektrikers. Nach Gründung der Kasernierten Volkspolizei leistete er an der Grenze seinen Dienst. Hier lernte er seine Ingeborg kennen, sie heirateten 1954. Außerdem trat er hier auch in die SED ein und arbeitete anschließend in der Kreisleitung Potsdam. Da er mit seiner kritischen Haltung Probleme bekam, ging er nach Paaren an der Müglitz. Nach der Geburt seiner Kinder baute die Familie ein Haus in Nietwerder. Hier arbeitete er als Traktorist in der Pflanzenproduktion, bis er aus gesundheitlichen Gründen in die Werkstatt versetzt wurde, 1990 ging er in den Vorruhestand.

Als seine Frau schwer erkrankte, pflegte er sie viele Jahre, über ihren Tod ist er nie hinweggekommen. Er war ein warmherziger Familienvater, seine Familie mit Enkeln und Urenkeln war ihm wichtig. An aktuellen Ereignissen war er nach wie vor interessiert und bezog eine kritische Haltung.

Wir werden Kurt vermissen.

Kreisvorstand DIE LINKE.
Ostprignitz-Ruppin

Die Genossinnen und Genossen
der Basisorganisation Seegemeinden

Es geht um mehr als den Euro

Vom Parteitag am 14. - 16.06.2013 in Dresden

Die Linke muss die europäische Einigung verteidigen (unsere Europa-Abgeordneten Lothar Bisky, Cornelia Ernst, Thomas Händel, Jürgen Klute, Helmut Scholz, Gabriele Zimmer dazu):

...»Das Projekt der europäischen Einigung hat kein Paradies hervorgebracht. Aber es hat zu einer politischen Stabilität in Europa geführt, zu einer Zivilisierung der Aushandlung von Interessenkonflikten innerhalb Europas, wie es sie zuvor nicht gegeben hat«...

» Der Zerfall der Wirtschafts- und Währungsunion trafe mit all seinen Konsequenzen vor allem die Bürger und Bürgerinnen im gegenwärtigen Euroraum - und zwar umgekehrt proportional zu ihrer sozialen Stärke...«

...» Die Probleme der Euroländer würden durch einen Euro-Ausstieg nicht gelöst. Wohl aber würde die wirtschaftliche Integration zurückgedreht, sozialer Ausgleich erschwert und damit das europäische Einigungsprojekt in Gänze und in Frage gestellt.«...

Europäische Union der Solidarität

»Niemand ist bisher in Deutschland auf die Idee gekommen, die wirtschaftlichen Ungleichheiten zwischen den neuen und alten Bundesländern durch eine Wiedereinführung der Ost-Mark zu bekämpfen. Das wäre absurd.«...

...»Innerhalb Deutschlands gibt es eine gemeinsame Wirtschafts-, Fiskal- und Sozialpolitik. Dauerhaft wird die Krise der EU nur überwunden, wenn es auf EU-Ebene ebenfalls zu einer gemeinsamen

Wirtschafts-, Fiskal- und Sozialpolitik kommt«...

Soweit unsere Europaabgeordneten, vertreten durch Genossin Gabi Zimmer, mit ihrer für mich bisher größten Parteitage-Rede. Wir Linke wollen dafür kämpfen, dass es zu einem gemeinsamen Europa in Frieden und sozial-ökologischer Gerechtigkeit kommt, ist eine der Botschaften des Parteitages. Der mit der von den Ideen der Solidarität, Gemeinsamkeit, Toleranz, Offenheit und Demokratie inspi-

unabdingbare Bekenntnis zu Frieden und Abrüstung. Veränderungen in positivem Sinne beginnen in den Mitgliedsstaaten, vor allem bei uns in der BRD, auf Grund unserer Bevölkerungszahl und Wirtschaftskraft.

Es ist das beste Bundestagswahlprogramm, weil der Prozess zu seiner Niederschrift durch offene Diskussion und Teilhabe innerhalb unserer Partei und mit gesellschaftlichen Gruppen so gut organisiert war.

Dafür ist den aktiven Beteiligten, dem



Marisa Matias, Portugal

rierten Rede der stellvertretenden EL-Vorsitzenden Marisa Matias aus Portugal in dem mit roten Nelken geschmückten Saal seinen bewegendsten Augenblick fand.

Das beschlossene Bundestagswahlprogramm verbindet wirtschaftliche Grundlagen, soziale Forderungen, Umweltschutz, Teilhabe der Menschen und das

Vorstand und den vielen Aktiven, die nicht im öffentlichen Rampenlicht stehen, sehr zu danken.

Wir können nun selbstbewusster an die Öffentlichkeit treten, durch Realismus, Offenheit, eigene konkrete beispielhafte Projekte und Initiativen beweisen: yes we can! DIE LINKE kann es! Wer hätte das vermutet?

Enno Rosenthal

Minister auf Sommertour

Bei der Firma Huch Behälterbau im Gewerbegebiet Temnitzpark begann Minister Helmut Markov (LINKE) seine Sommertour am 8.7.13 in Neuruppin. In einer aufgeschlossenen Atmosphäre ging es im sachkundigen Gespräch vor allem um die betriebliche Entwicklung, den Export und die Qualität der Erzeugnisse der Firma, die auf dem nationalen und internationalen Markt gut angesehen ist.

Der Finanzminister der rot-roten Landesregierung wurde begleitet von MdB Kirsten Tackmann, die von der LINKEN erneut als Kandidatin für den Bundestag nominiert wurde und gegenwärtig auf ihrer »Sommertour« im Wahlkreis 56 in

vielen Orten und Einrichtungen aufkreuzt. Sie hat sich bis Ende August ein umfangreiches Programm vorgenommen.

Nach dem angeregten Besuch beim Jugendwohnprojekt MittenDrin traf sich Minister Markov am frühen Nachmittag des 8. Juli auf einem Fahrgastschiff mit 20 Teilnehmern aus der Wirtschaft Neuruppins zu einer kurzen Rundfahrt auf dem Ruppiner See. Daran nahmen auch Kirsten Tackmann, der Kreisvorsitzende der LINKEN und Stadtverordnete Ronny Kretschmer sowie Landrat Reinhard und Prof. Dr. Nürnberg von den Ruppiner Kliniken teil.

Am Nachmittag setzten Genosse

Markov und Genossin Tackmann ihre gemeinsame »Runde« im Kreis fort mit Gesprächen beim Fischhandel Daniels und Sohn GbR, Forellen- und Saiblingszucht Kunsterspring, in der Jugendbildungsstätte des DGB Flecken Zechlin und schließlich in Heiligengrabe mit Bürgermeister Holger Kippenhahn, wo es speziell um den kommunalen Finanzausgleich ging.

Die Teilnehmer an dieser Sommertour bestätigten immer wieder, dass Minister Markov ein angenehmer, konsequenter Gesprächspartner sei, sachkundig auf vielen Gebieten, dass er keine leeren Versprechungen mache und seine Aussagen Hand und Fuß haben.

ch-

Kann man das Wasser bändigen?

Den Bundestag mit dem Hochwassereinsatz vertauscht
Kirsten Tackmann hilft, wo es dringend notwendig ist

Die Flüsse und Bäche sind fast wieder in normalen »Bahnen«. Die Elbe allerdings zeigt sich Anfang Juli noch in ungewohnter Breite. An Oder, Spree und Neiße ist's nicht so schlimm geworden wie erwartet. Aber das Wasser stand zu diesem Zeitpunkt auf vielen Feldern und Wiesen. Und braunes, völlig flachgedrücktes Getreide, ausgewaschene Maisfelder und graubraunliche riesige Wiesenflächen, beschädigte Böschungen an den Flüssen und Bächen bis in 1,5 - 2 m Höhe, herausgerissene Bäume und Äste an den Ufern machen erschreckend die Gewalt des Wassers deutlich...

Fast ununterbrochen zwei Wochen lang



Kirsten Tackmann und Diana Golze in Balów beim Füllen von Sandsäcken

war unsere Bundestagsabgeordnete Kirsten Tackmann am Wasser in der Prignitz unterwegs. Sie hat gemeinsam mit Dieter Groß, unserem Landtagsabgeordneten, Diana Golze, Spitzenkandidatin der LINKEN, Holger Kippenhahn, Bürgermeister von Heiligengrabe, und vielen, vielen anderen hunderte Sandsäcke gefüllt und gestapelt. War, wie wir das von ihr kennen, immer an den Brennpunkten dabei. Sie kannte das alles schon vom Hochwasser 2002. Aber dieses Mal war so manches anders.

x

Das Beeindruckendste war auch für sie die überwältigende Einsatzbereitschaft der unzähligen Helfer - Einwohner aus den Orten, aus dem ganzen Kreis, aus den Gebieten Neuruppin, Kyritz, Wittstock, von den Feuerwehren und staatlichen Einrich-

tungen, vom Technischen Hilfswerk, von der Bundeswehr und der Polizei.

Sandsäcke (allein in der Prignitz wurde eine Million »verbaut«) füllen und an Deiche, Straßen und Häuser »packen«, manche 10 und 12 Stunden lang, das ging nicht nur auf Arme und Kreuz. Leute aus dem Wasser holen, Sachen aus Kitas und Wohnungen retten, das war selbstverständliche Pflicht. Und so manche Einwohner kamen von sich aus an die Deiche oder auf die Plätze, wo Stunden um Stunden Sandsäcke gefüllt wurden, und versorgten die Helfer mit Getränken, mit belegten Broten, mit Kuchen und Obst. Oder sie betreuten und beschäftigten die Kinder. Landwirte aus anderen Kreisen nahmen

das gefährdete Vieh auf, boten Futter an. Städte wie Kyritz und Perleberg stellten Notunterkünfte bereit.

Vielleicht das Positive aus dieser schlimmen Zeit: die Menschen sind in ihrer Hilfsbereitschaft und Uneigennützigkeit wieder mehr zusammengewachsen.

x

Was Kirsten Tackmann, die Land- und Viehwirtschaft und das Veterinärwesen bestens kennt und sich als äußerst aktive Abgeordnete außerdem mit vielen anderen Fach- und Sachgebieten vertraut machen muss, noch besonders hervorhebt, ist folgendes:

In der Prignitz hat sich bewiesen, dass das Land und die Kreise vor allem aus dem Jahrhunderthochwasser 2002 wirklich entscheidend gelernt haben. Kirsten Tackmann hat die Realität tagtäglich

erlebt, auch bei den häufigen Teilnahmen an Krisenstabsitzungen (die täglich 8 und 20 Uhr in Perleberg stattfanden). Wie das in diesen Wochen alles geklappt hat, wie das organisiert war, wie das der Krisenstab im Kreis unter Leitung von Landrat Lange mit großer Besonnenheit und Bedachttheit, Sachkenntnis und straffer Konsequenz geleitet hat, das war Beweis einer jahrelangen gründlichen Analyse und Planung, einschl. des »Einplanens« aller unvorhergesehenen Ereignisse. Diese Pläne waren vor dem Hochwasser fertig, lagen vor. Und so war auch die Leitung durch die Landesregierung, das Umweltministerium und das Umweltamt.

Kein Minister oder Staatssekretär der rot-roten Landesregierung hat bei eigenem Einsatz im Hochwassergebiet nur »dumm geredet«, alle hatten konkrete Hilfe im Gepäck. Und man darf eigentlich sicher sein, dass auch die Unterstützung für die Landwirte zur Überwindung der großen Schäden umfassend geregelt wird.

x

Gezeigt hat sich bei der Hochwasserkämpfung in der Prignitz ebenso wie auch bundesweit das große Potential der modernen Medien. Über Internet und Mail oder Facebook haben sich Helfer sogar von weither auf die Informationen gemeldet und angefragt, wo können wir helfen? Und sind schnell gekommen. Einsätze wurden über diesen Weg schneller organisiert, Kräfte gelenkt oder besser koordiniert, Hilferufe nach Sandsäcken oder Paletten fanden schnell Gehör.

x

Deutliches Beispiel für die konsequenten Schlussfolgerungen der Landesregierung, von Umwelt- und Wasserverantwortlichen (es sei uns hier dieser zusammenfassende Begriff einmal gestattet) aus dem Hochwasser von 2002 und vor allem ihre Zusammenarbeit, ist die Deichrückverlegung von Lenzen.

Wenn man diese ganze Arbeit um den Hochwasserschutz seit 2002 mit begleitet hat, sagt Kirsten Tackmann, und beim jetzigen Hochwasser sieht, wie dank dieses Deiches alles geschützt geblieben ist, dann steht man einfach mit großer Achtung vor dieser Leistung.

Die gesteuerte Öffnung des Havelpolders, um Wasser aus der Elbe in die Havel zu leiten und dadurch 30 cm Pegelanstieg der Elbe zu verhindern, war eine schwere Entscheidung der Landesregierungen und des LINKEN Umweltministeriums. Denn es war eine Entscheidung, den Pegel der Elbe zwar entscheidend zu entlasten, aber viele Hektar Land zu überfluten -

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von Seite 4

zugunsten der Nachbarländer Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern und Niedersachsen.

Und das macht ein anderes Problem deutlich, auf dessen Lösung die rot-rote Landesregierung Brandenburg jetzt konsequent drängt. Bei allem Föderalismus, also der Eigenverantwortung der Länder im Staate Bundesrepublik, brauchen solche länderübergreifenden Fragen wie Hochwasserschutz eine bestimmte zentrale Einrichtung oder Leitung (oder, wie es Ministerin Anita Tack nannte, eine Ständige Hochwasserschutzkonferenz von Bund und Ländern), die die ständige Zusammenarbeit der einzelnen Länder nicht nur in solchen Situationen zur Regel macht, die gemeinsame Analyse, Planung und wissenschaftliche Arbeit organisiert und koordiniert - und letztlich auch notwendige Entscheidungen trifft.

x

Es ist schwer, mit Naturgewalten fertig zu werden. Aber die Prignitzer und Brandenburger Schlussfolgerungen zeigen, dass Menschen, Ämter und Regierungen manches tun können, um besser dagegen gewappnet zu sein und Naturbedingungen besser zu berücksichtigen (z.B. wo baut man Häuser, wo sind Deichverlegungen notwendig, wo schafft man »Ausdehnungsflächen« für Hochwasser, damit die Flüsse »Raum« bekommen). Und vor allem, um damit Menschen und ihr Eigentum und ihre Existenz wirksam zu schützen.

Christa Horstmann

Spenden noch bitter nötig

Zur Unterstützung für die Hochwassergeschädigten in unserem Nachbarkreis Prignitz werden nach wie vor Spenden gebraucht.

Zahlreiche Familien haben in den Gebieten an Elbe und Stepenitz und besonders im Ort Breese durch das Hochwasser Hab und Gut verloren. Man kann direkt auf das Spendenkonto des Landkreises Prignitz einzahlen :

**Sparkasse Prignitz,
Kto-Nr. 13 3000 1490, BLZ 160 50101,
Verwendungszweck: Hochwasser.**

Bereits am 18. Juni haben Genossen der LINKEN in Neuruppin und Kyritz gemeinsam mit MdB Kirsten Tackmann an ihren Infoständen für die Prignitzer Hochwassergeschädigten insgesamt 320,21 Euro gesammelt. Von einem Euro von Hartz IV-Betroffenen bis zu 50 Euro wurden als Einzelspenden in die Sammelbüchsen gegeben.

Hochwasser in Brandenburg

Dank an die Helfer – Landesregierung hilft schnell und unbürokratisch

Der Landtagsabgeordnete Dieter Groß (DIE LINKE), Kollegen und Mitarbeiter seiner Fraktion dankten den Helfern, die in der Prignitz Tag und Nacht ihren hoch anzuerkennenden Beitrag gegen das

Geschädigte Unternehmen, Privathaushalte und Landwirte in Brandenburg können mit staatlicher Hilfe bei der Beseitigung der Hochwasserschäden rechnen. Entsprechende Maßnahmen des Wirtschafts- und



Hochwasser leisteten. »Selbstverständlich beteiligten wir uns und über 20 Mitstreiter aus dem Landesvorstand sowie Mitglieder von solid in Wittenberge und Bälów aktiv am Füllen der Sandsäcke und anderen erforderlichen Hilfsmaßnahmen.«, so Groß. In Bälów sprachen er und der Landrat der Prignitz, Hans Lange (CDU), den vielfältigen Helfern, darunter Angehörigen der Bundeswehr und der Bundespolizei, Dank sowie ihren Respekt für die Hilfeleistung bei den Sicherungsmaßnahmen gegen das Hochwasser aus. Während einer kurzen Verschnaufpause spendierten Groß und seine Fraktionskollegen den Helfern einen kleinen Imbiss, und nach »Feierabend« sei ihnen ein »Mord und Totschlag« (Schwarzbier) aus Kyritz gegönnt. Die Organisation der in Kyritz eilig eingerichteten Notunterkünfte unterstützte Dieter Groß ebenfalls, gemeinsam mit der Kyritzer Bürgermeisterin war er bei den Hilfskräften des DRK vor Ort.

Den vom Hochwasser Betroffenen muss schnell und unbürokratisch geholfen werden, dafür tritt DIE LINKE im Bund und im Land solidarisch ein. Brandenburgs Finanzminister Helmuth Markov und Wirtschafts- und Europaminister Ralf Christoffers (beide DIE LINKE) unterschrieben in Potsdam Richtlinien für Soforthilfen für vom Hochwasser geschädigte private Haushalte und Unternehmen.

des Finanzministeriums für zwei Soforthilfeprogramme sind bereits in Kraft getreten. Eine dritte Richtlinie des Ministeriums für Infrastruktur und Landwirtschaft befindet sich noch in der Vorbereitung. Die drei Ministerien der Landesregierung unterzeichneten inzwischen Verwaltungsvereinbarungen mit den zuständigen Bundesministerien, nach denen der Bund und das Land Brandenburg jeweils die Hälfte der Kosten der Hilfsprogramme tragen.

In diesem Zusammenhang forderte die Fraktion DIE LINKE eine Einigung mit der Versicherungswirtschaft. Dazu Fraktionsvorsitzender Christian Görke: »Gleichzeitig erneuere ich meine Forderung nach einer Debatte zur Einführung einer gesetzlichen Elementarschäden-Versicherung bei Naturkatastrophen. Die Versicherungswirtschaft muss bezahlbare Policen anbieten, deren Beitrag ggf. nach Risikohöhe, Regionen u.a. gestaffelt ist. Um die finanziellen Belastungen für die Versicherten so gering wie möglich zu halten, muss die Versicherungswirtschaft ggf. auch auf einen Teil ihrer riesigen Gewinnmargen verzichten und so übermäßigen Kostendruck für die BürgerInnen abfangen.«

Wenn auch Sie helfen wollen: Aktion Deutschland Hilft; Stichwort: Hochwasserhilfe 2013, Bank für Sozialwirtschaft Konto: 10 20 30; BLZ 370 205 00

Kreistag trifft Entscheidungen

Interview mit dem Vorsitzenden unserer Kreistagsfraktion Friedemann Göhler

Frage: In Vorbereitung der letzten Kreistagsitzung habt ihr als Fraktion intensiv beraten, wie ihr mit den Anträgen des Landrats, »Einverleibung« der Ruppiner Rettungsdienste GmbH in die Klinik Holding und Erhöhung der Kreisumlage auf 48%, umgehen werdet.

Im Nachhinein mussten wir Bürger feststellen, dass zwar zur Problematik Klinik die Fraktion einheitlich votierte, bei der Frage der Kreisumlage (die ja mehrheitlich abgelehnt wurde) jedoch die Fraktionsmitglieder unterschiedlich abstimmten.

F. Göhler: Ja, das stimmt und war für mich aber schon vor der Kreistagsitzung absehbar. Einige unserer Fraktionsmitglieder gehen davon aus, dass sie als Kreistagsabgeordnete vorrangig die Interessen des Kreises vertreten müssen und vergessen dabei ihre Kommune, wo sie tagtäglich leben. Außerdem hat der Landrat mal wieder versucht, mit Lockangeboten wie Millionen Landesmittel die Abgeordneten zu beeindrucken bzw. zu beeinflussen.

Frage: Lass uns noch einmal auf die Abstimmung zur Problematik Eingliederung der Rettungsdienste GmbH in die Holding zurück kommen. Die Mehrheit der Kreistagsabgeordneten hat dem Antrag des Landrates ihre Zustimmung gegeben. Erkennen diese nicht das »Spiel des Landrates«, dass hier genau so wie bei dem »Gemeinnützigkeitsbeschluss«, Beschlüsse von zwei Gerichten mit Tricks umgangen werden?

F. Göhler: Das ist unbestritten der Fall. Wir als LINKE betrachten uns als Ver-

fechter der Errungenschaften der Arbeiterbewegung, des sozialen Friedens und der Mitbestimmung der Beschäftigten genau so wie einige wenige Kreistagsabgeordnete anderer Fraktionen. Die Mehrheit im Kreistag folgte jedoch dem Landrat, der, wie es ein Genosse formulierte, das »Durchgriffsrecht des Eigentümers« sichern will und Gerichtsentscheide damit umsetze.

Frage: So weit mir bekannt ist, haben weder das Land- noch das Oberlandesgericht gefordert, dass die Pro Klinik Holding gemeinnützig werden muss, sondern hat im Statusverfahren darauf verwiesen, dass, wenn das Unternehmen karitativ wäre, das Mitbestimmungsgesetz nicht greife.

F. Göhler: Ja, das stimmt, und so sehen es auch die Betriebsräte der Holding und deren Anwälte. Welche Lesart hier einige Abgeordnete haben, entzieht sich meiner Kenntnis.

Frage: Gab es noch weitere nennenswerte Punkte im letzten Kreistag?

F. Göhler: Neben einigen Personalentscheidungen war die Berichterstattung von unserem Abgeordneten Hartmut Buschke als Vorsitzender des Beirats zum kommunalen Jobcenter (Lüdemann- Amt) noch bedeutungsvoll. Hartmut erläuterte die Kernpunkte der Arbeit im Berichtszeitraum. So hat sich dieser schwerpunktmäßig mit MAE (Mehraufwandsentschädigungs) - Maßnahmen beschäftigt, hat vom Jobcenter eine Analyse gefordert, wo in Zahlen ausgewiesen wird, wo und wie viel Menschen / Bedarfsgemeinschaften Hilfen

für Unterkunft und Heizung beziehen, und haben prüfen lassen, ob es nicht möglich sei, mehr Tätigkeiten in versicherungspflichtige Arbeiten umzuwandeln.

Der Beirat konnte feststellen, dass die Eingliederungsmittel immer mehr reduziert wurden und dass die Erfolgsquote der Vermittlung über 50-jähriger zur Zeit bei 20% bis 25% liegt.

Besonders ist aber die Kritik von Hartmut zur Teilnahme der Abgeordneten an den Beratungen des Beirates hervorzuheben. Wenn der Beirat wegen zu geringer Teilnahme von Mitgliedern oft nicht beschlussfähig war, zeugt das nach meiner Meinung von einem mangelnden Verantwortungsgefühl dieser Abgeordneten. Ich vertrete die Meinung, dass jeder Abgeordnete sich intensiv auf jegliche Beratung vorzubereiten und tief in die Materie einzudringen hat, um genau zu wissen, was seine Entscheidung im Kreistag bewirkt und an den Ausschusssitzungen usw., die ja ein Arbeitsmittel des Kreistages sind, teilzunehmen.

Ich danke Dir recht herzlich für das Gespräch und wünsche Dir und der Fraktion noch viel Erfolg für den Rest der Legislaturperiode im Sinne einer linken Politik, zumal absehbar ist, dass der Landrat an seinem alten Projekt Kreisumlage festhält, aber bestimmt auch neue aus dem Ärmel zaubert.

Achim Müller

Viel zu tun am Bahnhof

Junge Leute mit Mut und Elan wagen sich an eine große Aufgabe



D. Groß, K. Tackmann, Helmuth Markov und Paul Schmudlach (v.l.)

Am 8. Juli 2013 besuchte Minister Helmuth Markov (LINKE) am »Neuruppintag« seiner diesjährigen Sommertour auch das Jugendwohnprojekt MittenDrin, d.h. ihr neues künftiges Domizil im ehemaligen Hauptbahnhof Neuruppin. Dieses Mal war der Minister vorzeitig da, die jungen Leute noch nicht - aber sie kamen dann gleich per Fahrrad »angeflogen«.

Ruppiner TV und beide

Lokalzeitungen waren vertreten.

Sie sind innen im Haus schon etwas vorangekommen, haben viel Unterstützung von Jugendlichen aus Neuruppin, von ähnlichen Berliner Projekten, sogar aus Leipzig - Alexander Golling verbringt zur Zeit seine Ferien bei dieser Arbeit, auch Konstantin Becker aus Neuruppin ist fleißig dabei; wir sprachen mit beiden kurz beim Ministertreff.

Interessiert ließ sich der Finanzminister von den Jugendlichen das ganze Haus und den Stand der Renovierungsarbeiten zeigen und ihre Pläne erklären, erkundigte sich nach Einzelheiten und der wünschenswerten Unterstützung vor allem durch die Neuruppiner. »Arbeit ohne Ende, Engagement ohne Ende« wird die Gestaltung des ehrwürdigen Gebäudes zum »soziokulturellen Zentrum« erst

Fortsetzung nächste Seite

Neues aus dem Landtag

Trotz der parlamentarischen Sommerpause geht die Arbeit in Potsdam und den Wahlkreisen unvermindert weiter. In einem zähen Ringen einigte sich die Landesregierung nun mit den Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes. »Die rot-rote Koalition meint es ernst mit ihrer Prioritätensetzung im Bereich Schule. Wir werden Lehrkräfte entlasten und

Lehrkräfte an den Oberschulen werden eine Stunde weniger unterrichten. Zudem werden Lehrkräfte, die das 60. Lebensjahr erreicht haben und mindestens 35 Jahre im Schuldienst sind, eine weitere Stunde wöchentlich weniger unterrichten müssen.

Auch beim Thema Besoldungsanpassungen und langfristige Lösungen

scher Dienst) steigen ab 2015 in altersgerechtes Arbeiten ein. Langzeitstundenkonten werden auch für Tarifbeschäftigte eingeführt. Altersunabhängig wird der Urlaub für alle auf 30 Tage im Jahr erhöht. Sonderzahlungen werden wieder ermöglicht.

Der Tarifabschluss für die Angestellten wird im Jahr 2013 ab Juli 1:1 für die Landesbeamten übernommen. Ab Juli 2014 wird es eine weitere Erhöhung der Bezüge um 2% geben.

»Dieses Angebot ist zukunftsweisend und wird in vielen Bereichen Entlastung bringen«, zeigte sich Görke überzeugt.

Der Landtagsabgeordnete Dieter Groß ist auch diesen Sommer in seinem Wahlkreis und im Land unterwegs. Einige Termine: Teilnahme am Brandenburgabend im Krongut Bornstedt gemeinsam mit dem Kreistagsabgeordneten Dieter Brauch; Fußball-Kreismeisterschaft in Fehrbellin; Besuch der »Knat-termimen« in Kyritz; 6.7. Teilnahme am Benefizkonzert für die Flutopfer in Kyritz; 7.7. Eröffnung des Rosenfestes in Wittstock; 8.7. Begleitung von Helmuth Markov bei seiner Kreisreise in OPR; 13.7. Sauriertag in Horst; 18.7. Gespräch mit der Schulaufsicht des Bildungsministeriums im Schulamt Perleberg zur Unterstützung der Initiative gegen die Klassenzusammenlegung in Pritzwalk; 21.7. Besuch des Gestüts Neustadt/Dosse; 27.7. Eröffnung der Schöllerfestspiele in Neustadt/Dosse; Besuchsreise des Amtes Heiligengrabe.

Weitere Informationen unter »www.landtag.brandenburg.de«

Christian Richter



Dieter Groß beim Fest der LINKEN in Berlin mit Dagmar Enkelmann, Matthias Loehr u.a.

spürbare Neueinstellungen ermöglichen«, so kommentierte der Fraktionsvorsitzende der LINKEN im Landtag Christian Görke die Übereinkunft. Nach dem Tarifabschluss für die Angestellten der Länder haben sich SPD und DIE LINKE darauf verständigt, zusätzlich zu dem in den vergangenen Jahren bereits Erreichten, ab dem Schuljahr 2014/2015 spürbare Entlastungen für die Grundschul- und Lehrer an Oberschulen herbeizuführen. Grundschullehrer sollen künftig nicht mehr 28, sondern 27 Wochenstunden leisten. Auch die

für Fragen des altersgerechten Arbeitens kamen Landesregierung und Gewerkschaften zu einem Ergebnis. Die Koalition setzt damit auch ihren Kurs der Verjüngung der Landesverwaltung, für einen Generationswechsel, fort. Mit dem Abbau von Lehrerpflichtstunden im Grundschul- und Oberschulbereich werden die Lehrkräfte entlastet und Einstellungen von weiteren rd. 350 jungen Lehrern ermöglicht.

Dienstältere des mittleren Dienstes in den Vollzugslaufbahnen (Polizei- und Justizvollzugsdienst, Feuerwehrtechni-

Fortsetzung von Seite 6

einmal bedeuten, meinte er und wünschte ihnen weiter viel Elan.

Helmuth Markov und auch Kirsten Tackmann, unsere Bundestagsabgeordnete, die ihn mit ihrem Wahlkreis-Mobil begleitete, begrüßten besonders die Initiative vom MittenDrin, in einem ersten Anwohnertreff am 15. Juni 2013 ihr Konzept für den »Umbau« des Bahnhofes, der seit 2000 bis auf eine Wohnung, die dem betr. Bürger auch erhalten bleiben soll, schon leer steht (und dadurch nicht besser geworden ist), den Bürgern vorzustellen.

Sie hatten sich mit selbst gebackenem Kuchen, Salaten, Getränken und selbstverständlich mit Musik darauf gut vorbe-

reitet und freuten sich über das Interesse der Anwohner. Sie stellten sich erst einmal als JWP vor, das vor 20 Jahren gegründet worden ist und sich großer Beliebtheit bei linken Jugendlichen erfreut. In der Vergangenheit machte es schon durch viele interessante Programme von sich reden und hatte zahlreiche bekannte Leute zu Gast.

Natürlich stand im Mittelpunkt, was im einzelnen mit dem großen Haus geplant ist, welche Veranstaltungen, Befürchtungen wegen eines eventuell hohen »Lärmpegels«, die Erhaltung der Parkplätze für die Anwohner auf dem Bahnhofsvorplatz. Die Wohnungen sollen für ca. 20 junge Bürger zu erträglichen

Mieten gestaltet werden. Gleichzeitig betrachten sie das als **eine** Einnahmequelle für den Betrieb des Hauses.

Sie haben also viel vor und gehen mit Elan an diese selbstgestellte Aufgabe. Es wäre gut, wenn sie viel Unterstützung von Neuruppinern, von Betrieben und Einrichtungen, von der Stadt und vor allem von fachlich versierten Bürgern erhalten würden. Beim Anwohnertreff wurde übrigens schon ein Rasenmäher gespendet und einige Möbel sind auch bereits eingegangen.

Mit einer breiten Palette von Angeboten für junge, aber auch für ältere Bürger wollen sie es danken.

ch-

100 Prozent sozial

Spekulation mit Wohnraum stoppen

Für DIE LINKE ist Wohnen ein Teil der Daseinsvorsorge.

Bezahlbare Wohnungen für alle ist zu einer zentralen sozialen Frage in Deutschland geworden. Wohnungen, vor allem in den Ballungsgebieten der Großstädte, sind ein beliebtes Objekt von Finanzspekulationen geworden. Einkommensschwache Mieter werden aus ihren Wohnungen verdrängt, die dann aufwändig saniert als Luxusimmobilien an die

- Menschen mit geringen Einkommen und solche, die Sozialleistungen erhalten, dürfen **nicht** mehr aus ihren Wohnungen verdrängt werden
- Maklerprovisionen sind künftig vom **Verkäufer** zu zahlen.

Damit wir leben können, wie wir wollen

Wir wollen selbst, frei von wirtschaft-

- Gleichstellung des Niedriglohnssektors mit sozialversicherungspflichtiger Arbeit
- Abschaffung der staatlichen Subventionen des überholten Familienmodells, wo der Mann Ernährer der Familie und die Frau lediglich Zuverdiener ist.
- Dazu Reform des Renten-, Steuer-, Sozial- und Familienrechts bei Abschaffung des Ehegattensplittings
- Gesellschaftliche Diskussion, wie Arbeit in der Familie neu verteilt wird
- Bessere Bezahlung der Kräfte in der Sorge-Arbeit (Kinderbetreuung, Pflege).
- Die tatsächlichen Betreuungs- und Pflegeleistungen und das Zusammenleben mit Kindern soll steuerlich gefördert werden
- Abschaffung der steuerlichen Benachteiligung von Lesben und Schwulen
- Bedarfsgerechte und qualitativ hochwertige **Ganztagsbetreuung** für Kinder mit flexiblen Öffnungszeiten
- Kostenlose und hochwertige Essensversorgung in der **gebührenfreien** öffentlichen Kinderbetreuung
- Mehr Rechte für Eltern, Kündigungsschutz bis zur Vollendung des 6. Lebensjahres des Kindes
- Wiedereinstieg in den Beruf nach einer schwangerschafts- und erziehungsbedingten Pause muss erleichtert werden
- Erhöhung des Elterngeldanspruch auf 12 Monate pro Elternteil oder 24 Monate für Alleinerziehende – Abschaffung der »Herdprämie«
- Keine Anrechnung des Elterngeldes auf Hartz IV-Leistungen u.ä.
- Die Grundsicherung für Kinder und Jugendliche muss sich am tatsächlichen und verfassungsrechtlichen Existenzminimum von gegenwärtig 536 € orientieren
- Freier und kostenloser Zugang für Kinder und Jugendliche zu kulturellen und sportlichen Einrichtungen
- Soziale Rechte und Bürgerrechte gehören untrennbar zusammen. Sie müssen für alle Menschen, unabhängig von Geschlecht, Herkunft, sexueller Identität, Behinderung, Religion und sozialen Verhältnissen gelten.



»Besserverdienenden« vermietet oder verkauft werden.

Der Staat hat sich aus der Lenkung des Wohnungsmarktes voll zurück gezogen, was nicht mehr hinnehmbar ist.

DIE LINKE fordert:

- Wiederbelebung des sozialen Wohnungsbaus
- Mindestens 150.000 Wohnungen mit Sozialbindungen müssen jährlich entstehen
- Privatinvestoren, die öffentliche Fördermittel in Anspruch nehmen wollen, müssen zum anteiligen Bau von Sozialwohnungen verpflichtet werden
- Rücknahme der mieterfeindlichen Regelungen der letzten Mietrechtsreform
- Unbefristete Mietpreisbindung
- Flächendeckende Einführung eines Mietspiegels, der sich an **allen** Bestandsmieten und nicht nur an den Abschlüssen der letzten Jahre orientiert.
- Die Kommunen erhalten das Recht, Höchstmieten festzulegen
- Menschen mit mittleren und geringen Einkommen sollten **nicht mehr als 30%** ihres Netto- Monatseinkommen für angemessenen Wohnraum ausgeben müssen

lichen Zwängen, entscheiden können, wie wir leben, unseren Alltag gestalten, wen wir lieben oder ob wir Kinder haben wollen.

Durch die bisherige Politik, vor allem aber durch die Schrödersche AGENDA 2010 wurde eine neue gesellschaftliche Spaltung geschaffen. Besserverdienende werden von der Politik animiert, Kinder zu bekommen, während für die Ärmsten das Erziehungsgeld faktisch abgeschafft worden ist.

DIE LINKE fordert:

- Alle Menschen müssen den gleichen Zugang zum gesellschaftlichen Reichtum haben- damit wir **alle ohne Angst** verschieden sein können
- Eine geschlechtergerechte Gesellschaft beginnt mit einer konsequenten Gleichstellungspolitik
- Frauen müssen im Beruf, in der Politik, der Bildung und im gesamten gesellschaftlichen Leben gleichberechtigt und frei von Diskriminierung und Gewalt leben können.
- Im Leben **ALLER** muss neben der Erwerbstätigkeit genügend Zeit bleiben für Familie, Sorge für Kinder, Partner und Freunde, aber auch für Kultur, Weiterbildung, Sport und politisches Engagement
- Gleichen Lohn für gleiche Arbeit

Mitbestimmung der Belegschaft in den Unternehmen

Die betriebliche Mitbestimmung ist eine durch die Arbeiter gemeinsam mit ihren Gewerkschaften und der SPD in langen Kämpfen geschaffene Errungenschaft, die heute gesetzlich garantiert ist.

»Die Mitbestimmung hat sich in Deutschland bewährt und ist ein Pfeiler unseres sozialen Friedens.« - »Deshalb ist es so wichtig, dass Unternehmen nicht nur die Bilanzen im Blick haben, sondern die Menschen selbst, die das Unternehmen ausmachen.«

Dies ist nicht etwa eine gewerkschaftliche Einschätzung sondern eine Aussage der CDU-Bundesarbeitsministerin Frau von der Leyen.

»Damit die Mitbestimmung nicht zum zahnen Tiger wird, wollen wir den Betriebsräten mehr Handwerkszeug geben. So sollen sie künftig ein echtes Mitbestimmungsrecht haben hinsichtlich der Umgestaltung von Arbeitsplätzen, die nicht ausreichend physischem und psychischem Verschleiß vorbeugen oder nicht ausreichend auf spezielles Leistungsvermögen von Älteren Rücksicht nehmen. Der Betrieb soll angemessene finanzielle Mittel unter Berücksichtigung seiner wirtschaftlichen Situation zur Verfügung stellen.«

Auch das ist keine Aussage der Gewerkschaften, sondern wurde am 14. Mai 2013 von der SPD in einer Pressemitteilung veröffentlicht. In dem Antrag an den Bundestag stellt die SPD fest: »dass die betriebliche Mitbestimmung in der Praxis zunehmend dadurch erodiert, dass sich neue Organisationsmodelle durchsetzen, die sich der betrieblichen Mitbestimmung weitgehend entziehen.«

Ahnten die SPD-Genossen der Bundestagsfraktion bereits Mitte Mai 2013, was sich in unserem Kreistag am 13. Juni abspielen wird? Wollten sie etwa ihre Genossen auf die Brisanz der Situation, also auf die Bedeutung der betrieblichen Mitbestimmung hinweisen?

Die Mehrheit stimmte gegen die gleichberechtigte Besetzung

Nun kämpft ein einst von den Sozialdemokraten nominiertes und von den LINKEN unterstütztes Landrat seit Jahren gegen eine gesetzliche, paritätische Besetzung des Aufsichtsrats und versucht somit Gerichtsbeschlüsse auszuhebeln.

Das Abstimmungsergebnis der SPD-Kreistagsfraktion vom 13. Juni zeigt, dass die Mitglieder, welche gewerkschaftlich fest gebunden sind, die Bedeutung der

paritätischen Besetzung anerkennen, die Mehrheit jedoch hat sich von den historischen Wurzeln der SPD verabschiedet.

Besonders erschüttert waren Klinikmitarbeiter, als sie feststellen mussten, dass der Patientenfürsprecher, der bei ihnen hohes Ansehen genießt, auch nicht für ihre Interessen gestimmt hatte.

Aber auch in unseren eigenen Reihen vertritt ein Abgeordneter die Meinung, dass das »Durchgriffsrecht des Eigentümers« (Landrat) gesichert werden muss. Diese unternehmerische (um nicht zu sagen kapitalistische) Denk- und Handlungsweise widerspricht nach Meinung vieler unserer Genossinnen und Genossen einer linken Politik.

Probleme geraten in den Hintergrund

Durch das ganze Hick-Hack des Landrates, die Gerichtsentscheidungen zu umgehen, wird von den eigentlichen Problemen, die in dem Unternehmen bestehen, abgelenkt. Viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beklagen sich darüber, dass sich die Arbeitsbelastungen immer mehr verschlechtert haben, sind mit ihrer Entlohnung unzufrieden und vermissen das kameradschaftliche Mit- und Füreinander, was einmal die Mitarbeiterbeziehung im Krankenhaus auszeichnete.

Durch die Geschäftsführung, so wird berichtet, werden individuelle Arbeitsverträge abgeschlossen, wo von dem Grundsatz »Gleicher Lohn für gleiche Arbeit« keine Rede mehr sein kann. Inwieweit darauf von den Aufsichtsgremien Einfluss genommen wird bzw. inwieweit sich diese Gremien damit beschäftigen, wissen wir nicht.

Immer wieder berichten Patienten, darunter auch Mitglieder unserer Partei, von einer sehr hohen Belastung der Pflegekräfte des Ruppiner Klinikums. Dies bestätigen auch Abgeordnete der unterschiedlichen Ebenen unserer LINKEN, die sich in Gesprächen mit Ärzten, Schwestern und Pflegern ein Bild von der Situation machten. Bisher waren die Ruppiner Kliniken das regionale Unternehmen, welches »alles, was an Pflegefachkräften vorhanden war«, vom Arbeitsmarkt holte. Diesen »guten Ruf« haben sie jedoch verloren. Das, was den neu eingestellten Pflegefachkräften heute im Ruppiner Klinikum angeboten wird, zahlen auch schon einige Anbieter der Pflege.

Strategie zur personellen Entwicklung wird vermisst

Wenn man sich die Stellenangebote der Ruppiner Kliniken ansieht, kann man erkennen, wie viel Personal fehlt und wie das vorhandene Personal diesen Mangel kompensieren muss (hatte nicht die SPD-Bundestagsfraktion gefordert, dass die Betriebsräte mehr Einfluss auf die Arbeitsbedingungen nehmen können und sollten, und dass ihnen dazu das notwendige »Handwerkszeug« zu geben ist).

Dass es in den Ruppiner Kliniken eine hohe Ärztefluktuation und eine angespannte Situation bei den Pflegekräften gibt, wurde bisher vom Landrat noch nie öffentlich thematisiert. Scheut sich der Landrat etwa davor, dass die »Arbeitnehmervertreter« den Finger in die Wunde legen und die vorhandenen Probleme im Unternehmen öffentlich machen?

Viele Mitarbeiter äußerten in der jüngsten Vergangenheit, dass es ihnen fast egal ist, wie der Aufsichtsrat besetzt ist, es geht ihnen einzig und allein darum, ihre eigene, persönliche Situation im Unternehmen zu verbessern. Sie wollen weniger Stress, eine der Leistung angemessene Bezahlung und Erleichterungen im Berufsalltag. Wenn diese Denkweise um sich greift, hat der Landrat sein Ziel, das Ansehen des Betriebsrats zu zerstören, erreicht (Vorwurf des Landrates - Betriebsrat schürt Unsicherheiten unter den Mitarbeitern).

Schlussbemerkung

Bei einem Krankenbesuch im HELIOS-Klinikum Berlin-Buch kamen wir mit einer jungen Internistin ins Gespräch. Als sie erfuhr, dass wir aus Neuruppin kommen, sagte sie, dass sie unsere Gegend als sehr reizvoll empfinde und oft zu Besuch hier weile. Auf unsere Frage, warum sie dann nicht an die Ruppiner Kliniken wechsle, da ja bekannt ist, dass das Krankenhaus Fachärzte sucht, mussten wir vernehmen, dass Ärztekollegen, die z. T. bereits in Neuruppin tätig waren, ihr strikt von einem Wechsel nach Neuruppin abgeraten haben. Als wir nachfragten, warum, kam die Antwort, keine ausreichenden Entfaltungsmöglichkeiten junger Ärzte, schlechtes Betriebsklima, ökonomische Zwänge, denen die Ärzte unterliegen, ungenügende Mitarbeiterbeteiligung bei Entscheidungen und festgefahrene Hierarchien.

Sommerfest in Alt Ruppin

Seit langem verbindet uns, die Basisgruppe Alt Ruppin der Brandenburgischen Freundschaftsgesellschaft, und die Mitglieder der russisch-orthodoxen Kirchengemeinde in Neuruppin, eine enge Freundschaft. Es sind nicht nur die Begegnungen und die Teilnahme an den Gedenktagen zum 8. Mai, sondern auch persönliche Besuche und Gespräche untereinander.



Am 19. Juni fand ein gemeinsames Sommerfest in Alt Ruppin statt. Erstmals brachten einige Frauen aus den Repub-

liken der ehemaligen Sowjetunion ihre Partner mit. Für das Essen und Trinken sorgten alle gemeinsam. Viele von uns lernten erstmals den traditionellen russischen Schichtsalat »Tschuba« kennen, der allen mundete. Die gegrillten Steaks und Würstchen sind auch fast alle verspeist worden. Bei heimischen Liedern, Tänzern und Spielen verging die Zeit sehr schnell, und das machte warm und

durstig. Nach einem kühlen Bad im Alt Ruppiner Rhin fühlten sich unsere Gäste sehr wohl und waren fröhlich. Nicht alle

unsere Teilnehmer sind der russischen Sprache so mächtig wie unsere Vorsitzende Babara Hinz, jedoch nach einem Schluck Wein und mit einigen Gesten verstanden wir uns immer besser.

Und so trug unser gemeinsames Sommerfest zum gegenseitigen Verstehen und zur Integration unserer Gäste in unsere Gesellschaft bei. Stolz waren auch alle über die Anerkennungsurkunde »...für die deutsch-russische Zusammenarbeit...«, die der Brandenburgischen Freundschaftsgesellschaft anlässlich des 95. Jahrestages der Roten Armee im Februar dieses Jahres vom russischen Botschafter, Herrn Grinin, überreicht wurde.

Unseren Dank möchten wir allen aussprechen, die so tatkräftig bei der Vorbereitung und Durchführung unseres Sommerfestes mitgeholfen haben. Unserer besonderer Dank gilt dem Ehepaar Ahlers, das mit viel Energie und persönlichem Einsatz einen wichtigen Beitrag zum Gelingen des Festes geleistet hat.

Für unsere Basisgruppe in Alt Ruppin konnten wir drei neue Mitglieder gewinnen, die unsere Arbeit sicherlich bereichern werden.

G. u. R. Menzel

Der Neue in der Runde

Ein junger Genosse stellt sich vor

Ein herzliches Hallo. Mein Name ist Tobias Peschel, und ich bin ein frisches Mitglied bei der Märkischen Linken. Ich komme aus Triefitz, einem kleinen Dorf in der Ostprignitz, und mache zur Zeit mein Abitur am OSZ Neuruppin.



Was hat mich bewogen, in DIE LINKE einzutreten?

Nun, ich habe mich schon lange für Politik interessiert, vergangene genauso wie gegenwärtige, insbesondere für die Ideen des Sozialismus. Da der immer weiter um sich greifende Kapitalismus und seine Weggefährten, soziale Entfremdung und Ungerechtigkeit, mich nicht ruhig schlafen lassen, habe ich, mit

Unterstützung von meinem Parteigenossen und gutem Freund Paul Schmudlach beschlossen, der Partei beizutreten, um zu sehen, wo ich mich einbringen und aktiv mit anpacken kann. Immer nur Rumsitzen und sich beschweren hilft nichts! In diesem Sinne einen freundlichen Gruß an alle meine neuen Genossen!

Tobias Peschel

Die Info-Tour von David und Paul durch den Kreis OPR findet sehr großen Anklang. DIE LINKE wird vor Ort wahrgenommen, was sich nicht zuletzt darin widerspiegelt, dass erneut zwei junge Männer ihren Eintritt in die Partei DIE LINKE erklärt haben.

Wir begrüßen Florian Kessouri und Mario Fortino aus Neuruppin ganz herzlich in unserer Mitte und freuen uns auf eine konstruktive und anregende Zusammenarbeit.

Neuruppin bietet viele Ausstellungen

6.500 Besucher zählte die Schau von Gemälden und Grafiken des Schauspielers Armin Müller-Stahl in der Pfarrkirche Neuruppin, die Ende Mai 2013 mit einem Filmporträt über ihn zu Ende ging. Der Regisseur des Films sprach vorher über seine langjährige Zusammenarbeit mit dem weltbekannten Künstler.

Die Ausstellung war ein Höhepunkt im Kulturleben der Kreisstadt und regte zu vielen Diskussionen an, auch über Sinn und Inhalt moderner Kunst.

Neuruppin - wie auch der Kreis OPR - hat jährlich zahlreiche Ausstellungen aufzuweisen. In der Galerie am Bollwerk/ Seepromenade wurde am 27. Juni 2013 eine Ausstellung von Zeichnungen und Plastiken von Frank Dornseif eröffnet. Zu sehen ist sie bis zum 21. August, Dienstag - Sonntag von 13 - 17 Uhr und nach Vereinbarung.

§§§ Unser Rechtstipp §§§

Kündigungsschutzklage

Die Kündigung eines Arbeitsverhältnisses ist für Arbeitnehmer und Arbeitgeber eine unangenehme Sache, welche häufig zu einer Kündigungsschutzklage beim Arbeitsgericht führt. Diese Kündigungsschutzklage ist grundsätzlich nur innerhalb von drei Wochen ab Zugang der Kündigung möglich. Daher kommt es für den Arbeitgeber darauf an, dass er nachweisen kann, wann die Kündigung dem Arbeitnehmer zugegangen ist. Für die Fristeneinhaltung muss der Arbeitnehmer dafür Sorge tragen, dass die Klage innerhalb der Frist von drei Wochen beim Arbeitsgericht eingegangen ist. Es reicht nicht aus, dass die Klage innerhalb der drei Wochen an das Arbeitsgericht abgeschickt wurde.

Das Ziel der Kündigungsschutzklage ist entweder die Weiterbeschäftigung oder die Einhaltung der gesetzlichen Kündigungsfrist oder die Umwandlung einer fristlosen Kündigung in eine fristgerechte Kündigung. Bei fristlosen Kündigungen verhängt das Arbeitsamt in der Regel eine Sperrzeit von drei Monaten, in

welchen das Arbeitslosengeld nicht gezahlt wird. Bei der Verhängung einer solchen Sperrzeit wird das Arbeitslosengeld insgesamt um ein Viertel gekürzt. Wer bereits einen Anspruch auf Arbeitslosengeld von mehr als einem Jahr hat, muss dann am Ende des Arbeitslosengeldbezugs erneut für mehrere Wochen auf das Arbeitslosengeld verzichten. Ein großer Teil der Kündigungsschutzklagen endet mit einem Vergleich, zum Beispiel der Einhaltung der gesetzlichen Kündigungsfrist oder der Zahlung einer Abfindung. Rechtsschutzversicherungen übernehmen die Kosten für das Klageverfahren. Bei fehlender Rechtsschutzversicherung kann Prozesskostenhilfe beantragt werden, wenn man selbst die Kosten für ein solches Verfahren nicht aufbringen kann.

Quelle und weitere Informationen:
Rechtsanwalt Gerd Klier
unter www.anwaltskanzlei-klier.de
oder Tel. 03391/454011
bzw. Gerd.Klier@web.de

DIE LINKE - Sozial vor, während und nach der Wahl !



Unter diesem Motto fand am 27. und 28. Juni eine Info-Tour durch den Kreis statt. Ziele waren unter anderem Neuruppin, Wittstock, Rheinsberg und Kyritz. Hauptinitiatoren waren dabei unsere jungen Mitglieder Paul und David, die in jeder Stadt von den Genossinnen und Genossen vor Ort Unterstützung erhielten.

Es wurden an den Ständen über 300 Flyer unter die Leute gebracht, auch konnten viele interessante Gespräche geführt werden, bei denen viele Anregungen, Lob, aber auch Kritik an die Genossen herangetragen wurde. Allerdings wird dies nur der Anfang sein. So soll es, wenn es die Zeit erlaubt, in den nächsten Monaten jetzt mindestens einmal pro Monat eine solche Tour geben. Desweiteren ist auch eine extra »Dorf«-Tour geplant.

Hiermit hat sich wieder einmal gezeigt : während sich die anderen Parteien noch im Sommerschlaf befinden, ist DIE LINKE nach wie vor präsent und ansprechbar vor Ort und für die Menschen.

Paul Schmudlach

Herzlichen Glückwunsch!

Zum Geburtstag gratulieren wir unseren Senioren:

Am	1.8.	Reiner Streich	in Flecken Zechlin	zum	69.
Am	2.8.	Vera Träger	in Wittstock	zum	79.
Am	11.8.	Manfred Himmert	in Joachimshof	zum	74.
Am	11.8.	Eckhard Schade	in Freyenstein	zum	63.
Am	13.8.	Barbara Hinz	in Neuruppin	zum	78.
Am	13.8.	Karl-Heinz Schindler	in Alt Ruppin	zum	67.
Am	14.8.	Ruth Iffländer	in Neuruppin	zum	87.
Am	14.8.	Gerhard Ziebol	in Wittstock	zum	60.
Am	16.8.	Giselher Trepte	in Rütznick	zum	86.
Am	17.8.	Wilhelm Reischel	in Wittstock	zum	64.
Am	21.8.	Maria Schlögel	in Neuruppin	zum	86.
Am	22.8.	Emil Timm	in Kyritz	zum	80.
Am	29.8.	Achim Müller	in Alt Ruppin	zum	64.
Am	31.8.	Anita Holz	in Wittstock	zum	67.

Auch allen anderen Geburtstagskindern unser herzlichster Glückwunsch!

DIE LINKE 100 % Sozial! - 100 % vor Ort!

Vorankündigung

Zur Vorbereitung der Landtagswahlen 2014 ist es notwendig, Nominierungsveranstaltungen zur Aufstellung der Direktkandidaten durchzuführen.

WK 2 (Wittstock, Kyritz, Pritzwalk): 28.11.2013

WK 3 (Altkreis Neuruppin): 27.11.2013

Unser Konto für Spenden und Einzahlungen:

Die Linke Kreisvorstand OPR
Kto.-Nr.: 1632361, BLZ: 160 619 38
Raiffeisenbank Ostprignitz-Ruppin e.G.

Achtundfünfzig Männer wurden 140

Möhring-Chor war Stadtgespräch

Es war ein außerordentlich anspruchsvolles Programm, was den hunderten Zuhörern in der dicht besetzten Kulturkirche Neuruppin am 16. Juni 2013 geboten wurde.

Der weit über Stadt und Kreis hinaus bekannte Möhring-Chor Alt Ruppın hatte 140. Jubiläum. Mit seinen kräftigen Männerstimmen, begleitet vom Brandenburger Konzertorchester Eberswalde unter Leitung von Holger Schella, riss er die Zuhörer immer wieder zu großem Beifall hin. Armin Jungbluth bewies mit der Gesamtleitung des glanzvollen Konzertes sein Können und Organisationstalent; Annelly Fiebelkorn aus Fehrbellin modellierte gekonnt und die Sänger-Solisten mit dem Orchester beeindruckten ebenfalls. Beethoven, Mozart, Grieg, Weber, Mendelsohn-Bartholdy wurden gemeistert, der Gefangenenchor aus »Fidelio«, der Jägerchor aus dem »Freischütz« fehlten nicht, Volkslieder wurden eindrucksvoll geboten - es war einfach ein Erlebnis. Sängern und Orchester gebührt große Anerkennung.

Konsequent jeden Montagabend (außer einer kurzen Sommerpause) wird im Neuruppiner »Rosengarten« gesungen, geprobt, diskutiert. Und dabei sind die meisten Mitglieder, die dem Chor die Treue halten, nicht mehr die Jüngsten: auch hier ist Nachwuchs stark gefragt. Im Festprogramm sind die Sänger genannt, die am längsten dabei sind: Jürgen Daub (56 Jahre im Chor), Jochen Mandernach (54), Wolfram Junghanns (53), Johannes Weiß (51), Horst Fiske, Siegfried Koch, Ernst Taubert und Klaus Pischel (jeweils 50 Jahre). Seit 1993 schon leitet Armin Jungbluth den Chor.

Der Musikdirektor und Musiklehrer Ferdinand Möhring (1816-1887) - dessen Namen trägt der Chor seit 1904 - würde sich über »seinen« Chor freuen. Aus dem Kulturleben der Stadt ist er nicht mehr wegzudenken. Noch viele gute Jahre - bleibt zu wünschen!

Christa Horstmann

Termine (Aktualisierung auf www.dielinke-opr.de beachten)

Donnerstag, 01.08.13	Beratung des Regionalvorstandes DIE LINKE. Kyritz-Neustadt-Wusterhausen 19.00 Uhr, Geschäftsstelle Kyritz, Wilsnacker Str.1
Donnerstag, 01.08.13	Beratung des Regionalvorstandes DIE LINKE. Wittstock 18.30 Uhr, Geschäftsstelle Wittstock, Marktgasse 2
Montag, 05.08.13	Beratung des geschäftsführ. Kreisvorstandes DIE LINKE. OPR 16.30 Uhr, Kreisgeschäftsstelle Neuruppin, Schinkelstr. 13
Dienstag, 06.08.13	Benefiz-Konzert für das Projekt »Stolpersteine« 18.00 Uhr, Kyritz-Marktplatz
Montag, 12.08.13	Mitgliederversammlung DIE LINKE. Regionalverband Fehrbellin 19.00 Uhr, Fehrbellin-Bibliothek
Dienstag, 13.08.13	Mitgliederversammlung DIE LINKE. Regionalverband Rheinsberg - Lindow 19.00 Uhr, Rheinsberg- H.-Rau-Schule
Mittwoch, 14.08.13	Beratung des Kreisvorstandes DIE LINKE. OPR 18.30 Uhr, Kreisgeschäftsstelle Neuruppin, Schinkelstr. 13
Mittwoch, 21.08.13	Beratung des Stadtvorstandes DIE LINKE. Neuruppin 17.00 Uhr, Kreisgeschäftsstelle Neuruppin, Schinkelstr. 13
Montag, 26.08.13	Beratung der Stadtfraktion DIE LINKE. Kyritz 18.30 Uhr, Geschäftsstelle Kyritz, Wilsnacker Str. 1
Mittwoch, 28.08.13	Stadtverordnetenversammlung Kyritz 18.30 Uhr, Kyritz, Pritzwalk Str. 19-Aula Carl-Dierke-Schule

Kontakte

Dr. Kirsten Tackmann, Bundestagsabgeordnete der Fraktion DIE LINKE, Sprecherin für Agrarpolitik und Verbraucherschutz, Ordentliches Mitglied im Ausschuss für »Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz«, stellv. Mitglied im Petitionsausschuss, Mitglied des Fraktionsvorstandes, Leiterin des Arbeitskreises »Infrastruktur und Haushalt«.

Tel.: 030 / 227 74 309

Fax: 030 / 227 76 308

Funk: 0173 / 38 04 592

www.kirsten-tackmann.de

Wahlkreisbüro, Wilsnacker Str. 1, Kyritz
Wahlkreismitarbeiter **Hartmut Buschke** und **Anette Bock**

Tel.: 033971 / 328 57

Fax: 033971 / 328 93

E-Mail: buschke@kirsten-tackmann.de

Sprechzeiten von Dr. Kirsten Tackmann bitte im Wahlkreisbüro nachfragen.

Dieter Groß, Landtagsabgeordneter der Fraktion DIE LINKE, Sprecher für Kultur- und Sportpolitik; ordentliches Mitglied im Ausschuss für »Wissenschaft, Forschung und Kultur«; ordentliches Mitglied im Rechtsausschuss und im Richterwahlausschuss; stellvertr. Mitglied im Ausschuss für »Bildung, Jugend und Sport« und »Landesjugendhilfeausschuss«.

Tel.: 0331 / 9661526

Funk: 0172 / 3500435

www.dieter-gross.de

Wahlkreisbüro Marktgasse 2, Wittstock
Wahlkreismitarbeiter **Anja Büchner** und **Christian Richter**

Tel.: 03394 / 4997064

Fax: 03394 / 4997065

E-Mail: ra.gross@gmx.de

Bürozeiten: Mo 10.00-13.00, Di/Do 09.00-15.00
Mi 11.00-17.00

Sprechzeiten von Dieter Groß im Wahlkreisbüro Wittstock sowie in den Büros Pritzwalk, Neuruppin und Kyritz bitte im Wahlkreisbüro Wittstock erfragen.

Bürgerbüro der Bundestagsfraktion DIE LINKE

Wahlkreismitarbeiter **Joachim Behringer**

Schinkelstr. 13, Neuruppin

Tel.: 03391 / 2383

Sprechzeiten: Die. u. Do. 09.00 - 12.00 Uhr
14.00 - 16.00 Uhr

Vorsitzender der Kreistagsfraktion

DIE LINKE Friedemann Göhler

Tel.: 03391 / 2383

Funk: 0176 / 20627803

Sprechzeiten: Mo. (2./4.) 16.00 -17.00 Uhr.

DIE LINKE Ostprignitz-Ruppin Kreisgeschäftsstelle Neuruppin

Schinkelstr. 13, Neuruppin

Tel.: 03391 / 655420

Fax: 03391 / 655422

www.dielinke-opr.de

E-Mail: kv@dielinke-opr.de

Sprechzeiten: Die. u. Do. 09.00 - 12.00 Uhr
14.00 - 16.00 Uhr

Sprechzeit des Geschäftsführenden Vorstandes siehe nebenstehende Termine.

Geschäftsstelle Kyritz

Wilsnacker Str. 1, Kyritz;

Tel.: 033971 / 72086

Fax: 033971 / 32893

E-Mail: bock@dielinke-opr.de

Sprechzeiten: Mo. - Fr. 09.00 - 12.00 Uhr

Geschäftsstelle Wittstock

Marktgasse 2, Wittstock;

Tel.: 03394 / 4997066

Fax: 03394 / 4997065

E-Mail: rv-dielinke-wittstock@gmx.de

Sprechzeiten: Di. 09.00 - 11.00 Uhr
Do. nach Vereinbarung

Märkische Linke

Herausgeber: Kreisvorstand **DIE LINKE. OPR**

Verantwortlicher Redakteur: Ronny Kretschmer (V.i.S.d.P.);

Redaktion: Dr. Lutz Geue, Christa Horstmann,

Achim Müller, Jürgen Schubert, Giselher Trepte.

Die Veröffentlichungen müssen nicht mit der Meinung des Herausgebers bzw. der Redaktion übereinstimmen. Die Redaktion behält sich das Recht zur auszugsweisen Wiedergabe von Zuschriften vor.

Redaktionsschluss für die nächste Ausgabe: Fr., 02.08.2013

Erscheinungsdatum:

Mi., 14.08.2013